

DACH
Europäische Anwaltsvereinigung
Eingetragener Verein

**ALLGEMEINE
GESCHÄFTSBEDINGUNGEN
IN DER EUROPÄISCHEN
RECHTSPRAXIS**

14. Tagung in Baden bei Wien vom 9.-11. Mai 1996

Verlag



Verlag Österreich

Schulthess
Polygraphischer Verlag Zürich

Wien 1997

Inhalt

Dr. Max Wieland

Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	13
1. Die Entwicklung des AGB-Rechts.	13
2. Gliederung des Gesetzes.	13
3. Anwendbarkeit des AGBG.	14
3.1. Begriffsbestimmung § 1 AGBG.	14
3.1.1. Vertragsbedingungen.	15
3.1.2. Vorformulierte Bedingungen.	16
3.1.3. Vielzahl.	17
3.1.4. Stellen der AGB.	17
3.1.5. Form.	18
3.1.6. Keine Individualvereinbarung.	19
3.2. Sachlicher Anwendungsbereich § 23 AGBG	20
3.2.1. Arbeitsrecht.	20
3.2.2. Familien-und Erbrecht.	21
3.2.3. Gesellschaftsrecht.	21
3.3. Persönlicher Anwendungsbereich § 24 AGBG	22
3.3.1. Konsequenz des Ausschlusses.	22
3.3.2. Kaufleute.	23
4. Anwendbarkeit des AGBG im Rahmen internationaler Vertragsbeziehungen, zwischenstaatlicher Geltungsbereich § 12 AGBG.	24
4.1. AGB gegenüber Verbrauchern.	24
4.1.2. Regelungsbereich des Art. 29 EGBGB.	24
4.1.3. Regelungsbereich des § 12 AGBG.	26
4.1.4. Tatbestandsvoraussetzungen des § 3 2 AGBG	26
4.1.5. Durchsetzung des Geltungsanspruches des AGBG über § 12 AGBG.	26
4.1.5.1. Einbeziehungskontrolle.	27
4.1.5.2. Inhaltskontrolle.	27
4.2. Richtlinie 93/13/EWG des Rates über mißbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen	28
4.3. Anwendbarkeit des AGBG im Rahmen internationaler Verträge mit Kaufleuten.	29
4.4. Problem sachenrechtlicher Regelungen in AGB	32

Inhalt

4.5	Gerichtswahlklauseln	35
5.	Einbeziehung der AGB in den Vertrag, §§ 2, 3 AGBG.	36
5.1	Einbeziehung in den Vertrag § 2 AGBG.	37
5.1.1.	Allgemeines.	37
5.1.2.	Anwendungsbereich.	38
5.1.3.	Voraussetzung der Einbeziehung	39
	Angebot und Annahme.	39
	Möglichkeit der Kenntnisnahme.	41
	In zumutbarer Weise.	43
	Einverständnis.	44
	Schriftform.	45
	Rahmenvereinbarungen.	46
	Änderungsvereinbarungen.	47
	Neufassungen.	47
5.2.	Einbeziehung in den kaufmännischen Geschäfts- verkehr.	48
5.2.1.	Einbeziehung durch kaufmännische Bestäti- gungsschreiben.	50
5.2.2.	Widersprechende AGB.	50
5.3.	Überraschende Klauseln, § 3 AGBG.	51
	Ungewöhnliche Klausel.	51
	Überraschend.	52
6.	Vorrang der Individualabrede, § 4 AGBG	52
	Individualabrede.	53
	Widerspruch zu den AGB.	53
	Wirksamkeit der Individualabrede.	53
	Schriftformklauseln.	54
	Einzelfälle.	56
	Kaufmännischer Geschäftsverkehr.	58
7.	Auslegung und Inhaltskontrolle von AGBG	58
7.1.	Unklarheitenregelung, § 5 AGBG.	58
	Auslegungsgrundsätze.	59
	Die Unklarheitenregel § 5 AGBG.	61
7.2.	Schranken der Inhaltskontrolle, § 8 AGBG	63
	Rechtsvorschriften	63
	Von Rechtsvorschriften nicht geregelte Gegen- stände.	64

	Leistungsbeschreibungen.	64
	Nicht kontroll fähige Leistungsbeschreibungen . .	65
	Kontrollfähige Leistungsbeschreibungen.	66
	Preisvereinbarungen.	68
	Nicht kontrollfähige Preisklauseln.	69
	Kontrollfähige Preis Vereinbarungen.	70
	Deklaratorische Klauseln.	73
8.	Katalog der Einzelverbote.	74
8.1.	Allgemeines.	74
8.2.	Bedeutung der Klauselverbote der §§ 10 und 11 AGBG.	74
8.3.	Kaufmännischer Geschäftsverkehr.	75
8.4.	Übersicht zur Anwendbarkeit der Klauselverboten im kaufmännischen Geschäftsverkehr	75
	Klauselverbote mit Wertungsmöglichkeit § 10 AGBG.	87
9.	Generalklausel, § 9 AGBG.	90
9.1.	Verhältnis der Inhaltskontrolle zu anderen Vor- schriften.	91
	Verhältnis zu § 242 BGB (Treu und Glauben) . .	91
	Verhältnis zu § 138 BGB (Sittenwidrigkeit, Wu- cher).	92
9.2.	Genereller Prüfungsmaßstab.	93
9.3.	Unwirksamkeitsvermutungen des § 9 Abs. 2 AGBG.	94
9.3.1.	Unvereinbarkeit mit wesentlichen Grundgedan- ken der gesetzlichen Regelung, § 9 Abs. 2, Nr. 1 .	95
9.3.2.	Wesentliche Grundgedanken.	96
9.3.3.	Aushöhlungsverbot § 9 Abs. 2 Nr. 2 AGBG . . .	97
9.4.	Der allgemeine Unwirksamgrund § 9 Abs. 1 AGBG.	100
9.5.	Aktuelle Rechtsprechung zu Kreditsicherungs- und Bürgschaftsklauseln.	108
9.5.1.	Wirksamkeit von Globalzessionsvereinbarungen .	108
9.5.1.1.	Freigabeklausel als Wirksamkeitsvoraussetzung für Globalzessionen.	108
9.5.1.2.	Sittenwidrigkeit der Globalzession bei fehlender Freigabeklausel.	110

9.5.1.3.	Zur Sicherungsübereignung eines Warenlagers mit wechselndem Bestand110	
9.5.2.	Bürgschaftsklauseln113	f
10.	Rechtsfolge gesetzwidriger AGB.117	f
10.1.	Nichtigkeit der Einzelklausel117	
10.2.	Schadensersatzpflicht des Verwenders.120	
10.3.	Gesetzlich angeordnete Fortgeltung des Vertrages, §6 AGBG.120	f
10.3.1.	Wirksamkeit der restlichen Vertragsteile, § 6 Abs. 1 AGBG.120	\
	Nichteinbeziehung von AGB.121	i
	Unwirksamkeit der AGB.122	
	Bestandteile des wirksamen Restgeschäfts122	
10.3.2.	Ergänzung des Vertragsinhalts, § 6 Abs. 2 AGBG .	.123	
10.3.3.	Gesamtunwirksamkeit des Vertrages, § 6 Abs. 3 AGBG. All	
11.	Anwendung des deutschen AGBG neben dem UN-Einheitskaufrecht129	
11.1.	Einbeziehung von AGB.129	
11.2.	Kollidierende AGB und modifizierte Vertragsannahme im Einheitskaufrecht130	
11.3.	Fortgeltung von Eigentumsvorbehaltsklauseln .	.132	
11.4.	Auslegung einbezogener AGB im Einheitskaufrecht.133	
11.5.	Inhaltskontrolle nach AGBG im Rahmen des CISG.134	
	Verbot kurzfristiger Preiserhöhungsvorbehalte, § 11 Nr. 1 AGBG134	
	§ 11 Ziffer 4 AGBG Verbot der Entbehrlichkeit von Mahnung und Fristsetzung135	
	§ 11 Nr. 7 AGBG Verbot der Haftungsbegrenzungsklauseln bei grober Fahrlässigkeit, Vorsatz .	.135	
	§ 11 Nr. 10 b AGBG Verbot der Gewährleistungsbeschränkung bei Lieferung neuer Sachen .	.136	
	Verbot der Ausschlußfrist für Mängelanzeigen § 11 Nr. 10 e AGBG136	
	§ 11 Ziffer 10 f AGBG, Verbot der Gewährleistungsfristverkürzung136	

Anhang	
Übersicht I: Anwendbarkeit	138
Übersicht II: Internationale Anwendbarkeit	139
Übersicht III: UN-Kaufrecht (CISG).	140
Übersicht IV: Einbeziehungsvoraussetzungen.	141
Übersicht V: Inhaltskontrolle.	142

Dr. Stefan Wurst

Voraussetzungen für die Geltung von AGB aus österreichischer Sicht	143
Inwiefern ist die Möglichkeit der tatsächlichen Kenntnisnahme der AGB durch den Vertragspartner des Aufstellers von Bedeutung?	143
A) Einleitung und historischer Überblick	143
a) Einleitung	143
b) Historischer Überblick	144
B) Die Kernprobleme im Bereich der AGB	146
1. Der Geltungsgrund.	146
a) Ausdrückliche Willenserklärung.	148
b) Konkludente Willenserklärung	148
2. Die Möglichkeit der Kenntnisnahme des Inhaltes der AGB.	149
Anhang: Die Kenntnisnahme von AGB bei Massenverträgen .	157
Exkurs.	158
AGB unter Kaufleuten - ein Sonderfall?	158
1. Allgemeine Geschäftsbedingungen	158
2. Handelsbrauch.	159
C) Zusammenfassung	160

Dr. Georg Fialka

Grundsätzliche Abgrenzungsfragen im Zusammenhang mit AGB aus österreichischer Sicht	161
I. Wahl des anzuwendenden Rechts und des Gerichtsstandes	162
1. Rechtswahl und AGB's.	163
2. Wahl des Gerichtsstandes in AGB's.	164
3. Grenzen für die Wahl von anzuwendendem Recht und Gerichtsstand.	165

a)	Grenzen für die Wahl des anzuwendenden Rechts	165
b)	Grenzen für die Wahl des Gerichtsstandes bzw Schiedsgerichtes	166
II.	Formale Grenzen für die Gültigkeit von Klauseln in Formularverträgen	167
1.	Das Verstecken von Klauseln	169
2.	Das „Überrumpeln“ und „Übertölpeln“	170
3.	Maßstab für die angemessene formale Gestaltung	170
4.	Hinweispflichten	170
5.	Notwendigkeit des individuellen „Aushandelns“	171
III.	Inhaltliche Grenzen für Klauseln In Formularverträ- gen Und AGB's	172
1.	Allgemein gültige „Grenzen“	172
2.	§ 879 Abs 3 ABGB als „Generalklausel“ von allge- meiner Bedeutung	172
3.	Besondere inhaltliche Beschränkungen bei Verbrau- chergeschäften	173
	KSchG-Regelungen	176
IV.	Rechtsentwicklung	177
1.	Legistische Vorhaben in Österreich	177
2.	Richtlinienentwürfe der EU	179
V.	Zusammenfassung	181

Dr. Pierre-Roger Preussler

	Die allgemeinen Geschäftsbedingungen im italienischen Recht, mit besonderem Bezug auf die sogenannten „ves- satorischen Klauseln“	183
1.	Einleitung	183
2.	Schutz bei AGB in der italienischen Rechtsordnung	186
3.	Kenntnisverschaffungspflicht und Sprachrisiko	188
4.	Einbeziehung von AGB im italienischen Recht	194
5.	Taxative Aufzählung der vessatorisehen Klauseln	197
6.	Die ausdrückliche Bestätigung der vessatorischen Klauseln	199
7.	Folgen der Ermangelung einer ausdrücklichen, schriftlichen Vereinbarung	203
8.	Die vessatorischen Klauseln des Art. 1341/2. Abs. ZGB im einzelnen	203

Inhalt

a)	Klauseln, die eine Haftung des AGB-Verwenders bei Nicht- oder Schlechtleistung ganz oder teilweise ausschließen	204
b)	Klauseln, die zugunsten des AGB-Verwenders Rücktrittsrechte oder das Recht zur Aussetzung der Vertragserfüllung vorsehen	206
c)	Verfallsfristen	208
d)	Beschränkung der Befugnis zur Erhebung von Einwendungen	208
e)	Einschränkung der Vertragsfreiheit mit Dritten	210
f)	Stillschweigende Verlängerung oder Erneuerung des Vertrages	210
g)	Schiedsklauseln oder Klauseln, die Abänderungen der Zuständigkeit der Gerichte verfügen	211
9.	Anwendung des Art. 1341/2. Abs. bei Verträgen mit der öffentlichen Verwaltung	212
10.	Vertragsabschluß unter Verwendung von Formblättern oder Vordrucken	215
11.	Die EG-Richtlinie Nr. 13/93 über mißbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen	216

Rechtsanwalt Peter Hofer

Allgemeine Geschäftsbedingungen, Gesetz und Praxis in der Schweiz	221
Vorbemerkung	221
1. Begriff/Vorkommen/Problematik	221
2. Gesetzliche Grundlagen	222
2.1. Allgemeine	222
2.2. Spezielle Nonnen	223
a) Allgemeines Vertragsrecht	224
b) Bei einzelnen Verträgen	224
c) Der Eigentumsvorbehalt	224
3. Die Vereinbarung vom AGB und die Geltungskontrolle	225
a) Die Vereinbarung	225
b) Die Geltungskontrolle	225
c) Widersprechende AGB.	226
d) Andere Hindernisse	227
e) Bei Gerichtsstandsvereinbarungen	227

